



Kongress „Demokratie, Lebensqualität, Bildung“ am 7. März 2019 in Hoyerswerda

Erklärung

In diesem Jahr 2019 jährt sich zum 30. Mal, dass eine breite, friedliche und mächtige Bewegung von Bürgerinnen und Bürgern im Osten Deutschlands einen demokratischen Umbruch bewirkte. Mit der Übernahme der westlichen Wirtschaftsweise setzte aber rasch eine tiefe soziale Krise ein, die für viele Menschen Brüche in ihrer Arbeitsbiografie, was vor allem auch viele Frauen betraf, Arbeitslosigkeit, den Zwang, aus der bisherigen Heimat fortzugehen und anderswo Arbeit zu finden, und eine verbreitete Verunsicherung und Enttäuschung nach sich zog. Es sind die „schwarzen 90er Jahre“, die die Freude an der gewonnenen Demokratie trübten, die nachwachsende Generation desorientierten und ihre langen Schatten bis heute werfen. Ihre offenere Aufarbeitung beginnt erst jetzt.

Das städtische Leben war durch diese Entwicklungen stark in Mitleidenschaft gezogen; und dies gilt insbesondere für Mittelstädte in der Fläche, die durch Industrien geprägt waren, deren Überleben unter den neuen Verhältnissen nicht oder nur unter Verlust vieler Arbeitsplätze gelang. Während sich gerade in Sachsen die Metropolen – stark gefördert – erholen konnten, sahen sich viele Mittelstädte in der Fläche mit hohen Verlusten von Arbeitsplätzen, einer Verschlechterung der Infrastruktur und einer starken Schrumpfung der Bevölkerung konfrontiert.

Vor dem Hintergrund dieser schwierigen Bedingungen fällt ins Auge, dass eine ganze Reihe dieser Mittelstädte – nach einer Phase des Schocks – ihre *Vitalität* wiedergefunden haben und heute wichtige Kern- und Motorfunktionen „in der Fläche“ wahrnehmen. So wichtig Landkreise als übergreifende regionale Politik- und Verwaltungsebene sind: Es sind die Städte (und Gemeinden) im Kreis, mit denen sich die Bürgerinnen und Bürger als ihr „zuhause“ identifizieren; auf diese Städte richten sich damit die Hoffnungen, aber auch die Enttäuschungen der Menschen.

Unsere Erfahrungen seit den besonders schwierigen Zeiten Anfang der 90er Jahre sagen uns, dass Demokratie, Lebensqualität und Bildung in einem engen Wechselverhältnis zueinanderstehen; es handelt sich – wenn man so will – um das „vitale Dreieck“ unseres städtischen Lebens. Hässliche Vorkommnisse haben das öffentliche Bild über sächsische Städte negativ eingefärbt. Dies verstellt den Blick auf andere Wirklichkeiten, nämlich dort, wo das „vitale Dreieck“ von Demokratie, Lebensqualität und Bildung gelebt wird. Das ist überhaupt nicht einfach; die Schwierigkeiten, die sich einer solchen konstruktiven kommunalen Politik entgegenstellen, sind enorm. Was die Städte, die in diesem Sinne *anders* sind, auszeichnet, ist die jahre-, teilweise schon jahrzehntelange *Beharrlichkeit* bei der Gestaltung lebenswerter Städte unter schwierigen Bedingungen, mit großer Unterstützung durch bürgerschaftliches Engagement, und übrigens, ohne davon ein großes Aufheben zu machen. Auf diese Weise sind sie eine unverzichtbare Stütze des demokratischen Gemeinwesens.

Mit Lebensqualität sind natürlich vor allem auch die Grundlagen des täglichen Lebens und der Zukunft gemeint: Arbeit, Wohnen, Gesundheitsversorgung, Infrastruktur, Einkommen und Renten. Was hier fehlt, führt für manche zu schwierigen Lebenslagen, für andere zu Verunsicherung, und in der Folge zu Enttäuschungen und manchmal auch zu einer Abkehr von Demokratie.

Lebensqualität buchstabiert sich aber nicht nur materiell. Eine lebendige Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger „vor Ort“, Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement, die Erfahrung, anerkannt, respektiert zu werden und „dazuzugehören“ und ein deutliches „Nein“ zu Rassismus und Diskriminierung sind ein wichtiger Beitrag zur Lebensqualität.

Zu guter Lebensqualität gehören auch breite und gut zugängliche Bildungsangebote; sie sind zugleich ein wichtiger Beitrag zur Zukunftsfähigkeit unserer Städte. Demokratie und Bildung verweisen so stets aufeinander.

In einem Flächenland wie Sachsen brauchen diese Städte mehr Rückenwind als bisher. Sie müssen von der Landespolitik stärker als bisher als Partner „auf Augenhöhe“ wahrgenommen werden, sie müssen darin unterstützt werden, jeweils eigenständige und attraktive Profile zu entwickeln und auszubauen, ihre infrastrukturelle Anbindung und ihr Besatz mit Kreis- und Landeseinrichtungen müssen gestärkt werden und sie müssen stärkeres Gewicht bei wirtschaftsfördernden Aktivitäten erhalten. Hierfür gibt es zunehmend positive politische Signale, auch aus dem Bericht der Kohlekommission, die wir erwartungsvoll begrüßen. Wir bildungsaktiven und bürgerschaftlich ausgerichteten Mittelstädte werden das Band zwischen uns fester spannen, unsere Erfahrungen austauschen, voneinander lernen, und damit eine starke Stimme für unser demokratisches Gemeinwesen sein.